



Stadt Kamen

Niederschrift

HFA

über die
5. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 18.10.2011
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:30 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Frau Petra Hartig
Frau Renate Jung
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Reinhard Hasler
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Frau Heike Schaumann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann
Frau Sabrina Conrad
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Personalrat

Herr Uwe Fleißig

Entschuldigt fehlten

Herr Martin Wiegelmann

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Finanzsituation 2011 hier: Bericht der Verwaltung	
2	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Finanzsituation 2011
hier: Bericht der Verwaltung

Einleitend wies Herr **Mösigen** darauf hin, dass er dem Ausschuss einen Überblick zur Entwicklung und zum aktuellen Stand für das laufende Jahr geben werde. In der Sitzung des Rates am Donnerstag folge dann der Blick auf die Planungen für das Jahr 2012.

Er nahm vorweg, dass die recht verlässliche Planung an der Entwicklung der Finanzsituation abzulesen sei.

Zunächst berichtete er zu den Erträgen, dabei legte er den Fokus auf die Steuern und Schlüsselzuweisungen. Bezogen auf die Grundsteuer wies er auf die Erhöhung des Hebesatzes von 410% auf 440 % hin. Im Vergleich zu den anderen kreisangehörigen Städten erhebe die Stadt Kamen einen vertretbaren Satz. Nach heutigem Stand werde mit Erträgen i.H.v. 5,84 Mio. Euro gerechnet, was fast genau der Planung entspreche. Im Vergleich zum Jahr 2010 seien die Erträge aus Grundsteuer leicht gestiegen.

Im Gegensatz zur Grundsteuer sei der Gewerbesteuerhebesatz mit 460 % gleich geblieben. Mit Blick auf die übrigen kreisangehörigen Städte liege man hier im Mittelfeld. Nach heutigem Stand würden Mehrerträge im Vergleich zur Planung i.H.v. 3 Mio. Euro erzielt, die nicht nur auf die konjunkturelle Verbesserung, sondern auch auf Einmaleffekte, wie beispielsweise eine größere Nachzahlung für die Jahre 2003 bis 2005, zurückzuführen seien.

Zu den Schlüsselzuweisungen informierte der Kämmerer, dass nach einem außerplanmäßigen Mehrertrag durch das Gemeindefinanzierungsgesetz (GfG) 2010 nun durch das GfG 2011 aufgrund einer anderen Gesamtmasse und einem neuen Verteilerschlüssel Mindererträge i.H.v. 1,12 Mio. Euro zu erwarten seien. Der Soziallastenansatz habe der Stadt ein hohes Plus beschert, dem gegenüber stehe der Rückgang des Steueranteils. Nebenfolge dieser Entwicklung sei der Minderaufwand i.H.v. 193.000 Euro bei der Kreisumlage.

Im Folgenden wandte Herr Mösigen sich der Entwicklung der Aufwendungen zu.

Bei den Personalaufwendungen rechne die Verwaltung mit einem Mehraufwand i.H.v. ca. 480.000 Euro. Diese Entwicklung sei zum einen in den Maßnahmen der ARGE, wie dem Projekt im ÖPNV-Bereich sowie dem Projekt für Leistungsbezieher über 50 Jahre, zum anderen in der höher als geplant ausgefallenen Tarifierhöhung begründet.

Für den Bereich der Darlehensaufwendungen legte Herr Mösigen zusammenfassend dar, dass das Zinsniveau tendenziell steige, sich die Situation bei den Darlehen und Liquiditätskrediten aber besser darstelle. Im einzelnen bezog er sich zunächst auf die Entwicklung der Darlehen. Dem aktuellen Stand zu Folge sei davon auszugehen, dass die Ansätze ausreichen werden. Er betonte, dass noch keine Inanspruchnahme aus der Genehmigung für 2011 erfolgt sei. Der Ansatz für die Liquiditätskredite i.H.v. 58,4 Mio. Euro werde nach aktuellen Stand nicht ausgeschöpft. Beide Ergebnisse seien erfreulich, aber u.a. auch eine Folge begrenzter Investitionstätigkeit.

Schließlich hob er noch den Anstieg der Kosten im Jugendhilfebereich um 1,4 Mio. Euro hervor.

Im Ergebnis der Prognose für 2011 ließe sich eine annähernde Punktlandung zur Planung erkennen.

Bezug nehmend auf das Haushaltssicherungskonzept, berichtete der Kämmerer, dass nach aktuellem Stand das gesetzte Ziel nicht erreicht werden könne. Mehraufwendungen im Bereich baulicher Unterhaltung i.H.v. 215.000 Euro sowie bei den Personalkosten i.H.v. 900.000 Euro, welche aus unterschiedlichen Gründen bei der Planung nicht absehbar gewesen seien, würden diese Entwicklung begründen.

Abschließend informierte Herr Mösgen zur Entwicklung der investiven Maßnahmen. Mit den laufenden Baumaßnahmen und Anschaffungen, die bis Ende des Jahres abgeschlossen sein müssten, liege man im Zeitplan. Die Bauarbeiten am Rathaus schritten gut voran, so dass auf eine Fertigstellung bis Ende des Jahres gehofft werden könne. Mit den Maßnahmen Feuerwehr Kamen-Methler und Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes liege man ebenfalls im Zeitplan. Er hoffe, dass hier das Wetter auch weiterhin mitspiele.

Herr **Hasler** erkundigte sich, ob die Effekte aus der Auflösung von Rückstellungen im Beamtenbereich, so wie in der Betriebsabrechnung Rettungsdienst für 2010 erkennbar, auch für das Haushaltsjahr 2011 zu erwarten seien.

Seitens der **Verwaltung** wird davon ausgegangen, dass nach Bereinigung der Rückstellungsberechnung in 2010 eine Kontinuität bei den Rückstellungen erreicht wird. Mögliche Effekte für das Haushaltsjahr 2011 werden in der Jahresrechnung erkennbar dargestellt.

Bezogen auf den ungenehmigten Haushalt und dem daraus resultierenden Abstimmungserfordernis der Finanzgeschäfte mit der Aufsichtsbehörde, erkundigte sich Herr **Kissing**, ob es Veränderung im Klima zwischen Verwaltung und Aufsicht während des laufenden Jahres gegeben habe.

Seiner Wahrnehmung nach, so Herr **Hupe**, sei die Aufsicht besorgt und lege der Stadt keine Daumenschrauben an. Das Gesprächsklima habe er als angenehm und wohlwollend empfunden.

Herr **Mösgen** hob ebenfalls den kollegialen Umgang mit der Aufsicht hervor, der durch regen Kontakt und konstruktive Diskussionen gekennzeichnet sei. Die Aufsicht erkenne, dass die Verwaltung nicht über ihre Möglichkeiten hinausgehe und sich aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen im investiven Bereich zurückhalte. Bedingt durch die Änderung der grundsätzlichen Rahmenbedingungen der Haushaltswirtschaft, werde sich die Vorgesetztenfunktion der Aufsicht zukünftig anpassen müssen.

Herr **Hupe** hob hervor, dass sowohl der Kreis als auch die Bezirksregierung und das Land das Ziel verfolgten, möglichst viele Kommunen aus den Zwängen des Nothaushaltes zu befreien. Dies sei in vielen Gesprächen in Düsseldorf mit den Beteiligten deutlich geworden.

Als positives Beispiel führte er die Maßnahme Bahnhofsumfeld auf, die ohne die Hilfe durch die Aufsicht so im städtischen Haushalt nicht möglich gewesen wäre.

Herr **Mösgen** informierte, dass zeitnah ein Gespräch zum Thema in Arnsberg terminiert sei. Unabhängig von Parteizugehörigkeiten bestünden in vielen Kommunen NRWs die gleichen Probleme. Es sei wichtig im Rahmen der neuen Möglichkeiten, die durch die Gesetzesänderung eröffnet worden seien, praktikable Lösungen zu finden.

Zu TOP 2.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer